

Montag, 5. Januar 2026

Schweiz

«Wir haben Schuld auf uns geladen»

Neue Akten zeigen, wie es zur epochalen Entschuldigung von Bundesrat Kaspar Villiger für die Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg kam.

Julian Spörri

Die meisten politischen Reden sind am nächsten Tag vergessen. Nur wenige überdauern Jahre, noch weniger Jahrzehnte. Eine davon hält Kaspar Villiger am 7. Mai 1995. Der freisinnige Bundespräsident entschuldigt sich für die Schweizer Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkriegs. «Es steht für mich ausser Zweifel, dass wir mit unserer Politik gegenüber den verfolgten Juden Schuld auf uns geladen haben», sagt Villiger im Parlament anlässlich der Gedenkfeier 50 Jahre nach Kriegsende.

Es sei falsch gewesen, den Judenstempel des NS-Regimes zu billigen – eine Markierung, die dazu führte, dass Tausende Jüdinnen und Juden an der Grenze abgewiesen wurden. «Der Bundesrat bedauert das zutiefst und entschuldigt sich dafür», sagt Villiger, wohl wissend, «dass solches Versagen letztlich unentschuldbar ist.»

Historiker sieht die Rede als Zäsur

Sacha Zala erinnert sich noch gut an den Moment, als er diese Worte hörte. Er sass im Studentenheim. Als junger Historiker habe es ihn irritiert, dass der Bundesrat über die Geschichte urteilte, statt dieses Feld seinem Fach zu überlassen. Heute, 30 Jahre später, fällt sein Urteil anders aus: «Die Rede ist politisch brillant und austariert. Sie markierte eine Zäsur im Umgang der offiziellen Schweiz mit ihrer Rolle im Zweiten Weltkrieg und öffnete für die Öffentlichkeit das Feld für eine vertiefte Beschäftigung mit der eigenen Geschichte», sagt der Direktor der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz (Dodis). Sein Team hat das Bundesarchiv systematisch nach Akten aus dem Jahr 1995 durchforstet und dabei auch Dokumente zur Villiger-Rede aufgespürt.

Die Rede fällt in eine Zeit, in der die Erinnerungskultur «stark parteipolitisch aufgeladen» war, wie Zala sagt. Bürgerliche stellten das Neutralitätsnarrativ über alles: Die Schweiz habe im Zweiten Weltkrieg angesichts der Bedrohungslage nicht anders handeln können. Linke Kreise zweifelten dieses Bild an und forderten die Rehabilitierung von Helfern jüdischer Flüchtlinge wie Paul Grüninger. «Mit seiner Rede bediente Villiger beide Seiten», sagt Zala. Der Ton war weder anklagend noch lobhudelnd und blendete die historischen Umstände nicht aus. «Der breiten Bevölkerung wurde klar vor Augen geführt, dass eine Glorifizierung der Rolle der Schweiz nicht mehr angezeigt ist.» Zala spricht von einem «politischen Lehrstück».

In einer Zeit, in der dem Bundesrat bisweilen Zaghaftig-

keit vorgeworfen wird und die Polarisierung zunimmt, hat die Villiger-Rede nicht an Aktualität verloren. Wie gelingt solch ein politischer Wurf?

Unterkühlte Reaktionen im Bundesrat

Wir schreiben den 3. Mai 1995. Villiger liest seinen Bundesratskollegen Teile seiner geplanten Rede vor. Er beschränkt sich laut Sitzungsprotokoll auf die kritischsten Passagen, will nur die Entschuldigung abgesegnet haben. Prompt fragt Aussenminister Flavio Cotti (CVP), ob auch die positiven Seiten der damaligen Schweizer Politik erwähnt würden. Villiger bejaht.

Justizminister Arnold Koller (CVP) hält den Begriff der Entschuldigung aus rechtlichen Gründen für problematisch. Auch Finanzminister Otto Stich (SP) ist skeptisch. Der Juden-

stempel sei rassistisch gewesen, aber die Entschuldigung bedeutete nicht, dass «wir künftig alle Flüchtlinge aufnehmen können». Auch im Zweiten Weltkrieg sei «das Boot teilweise voll» gewesen, sagt Stich in Anlehnung an Bundesrat Eduard von Steiger, der 1942 mit der Aussage «Das Boot ist voll» die restriktive Schweizer Flüchtlingspolitik rechtfertigte.

Trotz des spürbaren Unbehagens – selbst auf linker Seite – opponiert im Bundesrat niemand formell gegen die Rede. Villiger hat freie Fahrt für seinen Auftritt. Pikant: Gegen einen solchen wehrte sich ursprünglich auch der FDP-Bundespräsident selbst. Er lehnte es noch im November 1994 ab, zum 50. Jahrestag des Kriegsendes Feierlichkeiten auszurichten. Dies sei nicht nötig, betonte er im Bundesrat. Schliesslich habe man 1989 mit

den sogenannten Diamant-Veranstaltungen die Kriegsmobilmachung von 1939 gewürdigt.

Nur die Wehrhaftigkeit zu feiern, nicht aber das Kriegsende: Linke Kreise liefen gegen diese Form der Vergangenheitsbewältigung Sturm. Auch die Kirchen und einige bürgerliche Politiker setzten Druck auf. Auf Initiative eines SP-Nationalrates und einer CVP-Nationalrätin forderten 120 Abgeordnete eine Sondersession zum Kriegsende-Jubiläum.

Kein Einknicken vor dem Ausland

Der öffentliche Druck zwang die Regierung zum Umdenken. Der Bundesrat nahm sowohl an einer von den Kirchen organisierten Gedenkfeier im Berner Münster als auch an jener im Parlament teil. Dort setzte Villiger zur Entschuldigung an.

Warum neue Dokumente öffentlich werden

Die Forschungsstelle Dodis publiziert jährlich eine Aktenedition zur Geschichte der Schweizer Aussenpolitik. Da für Bestände aus dem Bundesarchiv in der Regel eine Schutzfrist von 30 Jahren gilt, befasst sich die neueste Ausgabe mit dem Jahr 1995. Sie erschien Anfang Januar 2026. Die zitierten Dokumente sind auch online abrufbar. (*chm*)

Wie die Akten aus dem Bundesarchiv zeigen, war die Entschuldigung in einem ersten Entwurf der Rede noch nicht vorgesehen. Villigers engste Mitarbeitende schlugen Ende März 1995 – in Stichwortform – eine deutlich zurückhaltendere Fassung vor. Reifliche Überlegungen und viele Gespräche hätten ihn dann dazu bewogen, die Entschuldigung auszusprechen, erklärte Villiger später vor dem Bundesrat.

«Er hat die hoch aufgeladene Stimmung erfasst und ist über seinen Schatten gesprungen», sagt Dodis-Direktor Sacha Zala. Villiger habe damit vor allem auf innenpolitische Entwicklungen reagiert. «Es war wohl der letzte mögliche Moment, ohne dass die Entschuldigung als Einknicken vor ausländischem Druck erschienen wäre.» Dieser Druck aus dem Ausland nahm vor allem in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre massiv zu. Die Schweiz musste die Aufarbeitung der nachrichtenlosen Vermögen angehen. Die Banken mussten Gelder an die Hinterbliebenen von Holocaust-Opfern zurückzahlen.

Rückblickend erscheint die Villiger-Rede als Fingerzeig in die Zukunft: Politische Verantwortung rechtzeitig zu übernehmen, statt sich hinter der Geschichte zu verstecken.